



Manchmal sind es nicht die großen ideologischen Schlachten, an denen Politik scheitert, sondern die kleinen, alltäglichen Zumutungen. Ein paar Kilometer weniger mit dem alten Diesel. Ein paar Euro mehr für saubere Mobilität. Ein paar unbequeme Wahrheiten über Luft, die krank macht. Frankreich hat sich nun entschieden, genau diesen Zumutungen aus dem Weg zu gehen – und nennt das dann soziale Gerechtigkeit.

Die Abschaffung der Umweltzonen ist kein Akt der Fürsorge. Sie ist eine politische Bankrotterklärung.

Es gehört zu den bitteren Ironien dieses Beschlusses, dass er im Namen der kleinen Leute erfolgt. Im Namen der Pendler, der Pflegekräfte, der Handwerker – all jener, die auf das Auto angewiesen sind, weil der Staat ihnen über Jahrzehnte hinweg keine vernünftigen Alternativen gebaut hat. Nun also schützt man sie, indem man ihnen weiterhin erlaubt, sich selbst und andere krank zu „fahren“. Das ist keine Sozialpolitik. Das ist zynisch.

Denn die Fakten sind unerquicklich klar: Schlechte Luft trifft nicht die Wohlhabenden zuerst. Sie trifft jene, die an großen Straßen wohnen, in dicht bebauten Vierteln, in Vorstädten ohne Grün. Wer die Umweltzonen abschafft, schützt nicht die Armen – er verlagert die Last ihrer schlechten Lebensumstände noch tiefer in ihre Lungen.

Das Parlament hat damit eine bemerkenswerte Prioritätensetzung vorgenommen: Das Recht, weiterhin billigen Sprit zu verbrennen, wiegt offenbar schwerer als das Recht auf saubere Luft. Freiheit wird hier definiert als die Freiheit, nichts ändern zu müssen. Und Verantwortung? Die wird elegant entsorgt – gleich mit den Feinstaubgrenzwerten.

Natürlich ist das Argument der sozialen Härte nicht aus der Luft gegriffen. Wer wenig verdient und täglich pendeln muss, kann sich nicht einfach ein neues Fahrzeug leisten. Aber genau hier beginnt die eigentliche politische Arbeit – oder sollte sie zumindest beginnen. Stattdessen hat man sich für den bequemeren Weg entschieden: das Problem abschaffen, nicht seine Ursache.

Dabei liegen die Lösungen längst auf dem Tisch. Sozial gestaffelte Fördermodelle, massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs, und ja: Programme wie das Sozial-Leasing von Elektroautos, das bereits erprobt ist und zeigt, dass ökologische Transformation und soziale Abfederung kein Widerspruch sein müssen. Es wäre möglich gewesen, den Übergang gerecht zu gestalten. Man hätte nur wollen müssen.

Doch der politische Wille endet offenbar dort, wo es ernst wird – bei Investitionen, bei Strukturreformen, bei der Zumutung von Ehrlichkeit. Stattdessen regiert die kurzfristige



Kommentar: Freie Fahrt für schlechte Luft – Frankreichs Parlament kapituliert vor der Bequemlichkeit

Erleichterung: keine Proteste, keine Schlagzeilen, kein Ärger. Die Rechnung kommt später. Sie kommt in Form von Asthma, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, überlasteten Gesundheitssystemen. Aber sie kommt zuverlässig.

Frankreich, ein Land, das sich gern als Vorreiter der Aufklärung versteht, hat sich in dieser Frage für eine bemerkenswert rückwärtsgewandte Haltung entschieden. Man weiß um die Gefahren – und handelt dennoch gegen dieses Wissen. Das ist nicht einfach Unwissenheit. Das ist politisch organisierte Ignoranz.

Am Ende bleibt ein schaler Eindruck: Abgeordnete, die ihr soziales Gewissen bemühen, um eine Entscheidung zu rechtfertigen, die genau dieses Gewissen vermissen lässt. Die Gesundheit der Wähler ist kein Kollateralschaden. Sie ist der Maßstab politischer Verantwortung.

Frankreich hat ihn verfehlt. Und das nicht aus Not – sondern aus Bequemlichkeit.

Ein Kommentar von Andreas M. Brucker